

Vorwort

Warum im Kapitalismus der Klimawandel nicht aufzuhalten ist

Daniel Berger

Ursachen und Verlauf des Klimawandels
Aktuelles Ausmaß des Schadstoffausstoßes
Die Folgen des Klimawandels

Zwei Kernbereiche der Problemstellung

- a) Energiesektor
- b) Verkehrssektor

Welche Schlussfolgerungen?

Welche Ökologiebewegung?

Kann der Kapitalismus das Problem lösen?

Was folgt aus der Feststellung, dass der Kapitalismus den Klimawandel nicht aufhalten kann

Agrosprit: Umweltschutz à la Neoliberalismus

Karl Lindt

Grüner Imperialismus – Theorie und Wirklichkeit auf den Biospritplantagen in Brasilien

Biosprit – Prima Klima?

Was tun?

Ökologie und Sozialismus

Resolution des XV. Weltkongresses der IV. Internationale

- I. Elemente der Umweltkrise
 - Klimaveränderung
 - Luftverschmutzung
 - Wasserverschmutzung und Bodenerosion
 - Waldzerstörung
 - Bedrohung der Artenvielfalt
 - Industriekatastrophen und atomare Gefahren
- II. Strukturelle Ursachen der Umweltkrise
 - Die ökologische Krise in den imperialistischen Metropolen
 - Die ökologische Krise in den abhängigen Ländern
 - Die ökologische Krise in den vormals bürokratisierten Gesellschaften
- III. ArbeiterInnenbewegung und Ökologie
- IV. Errungenschaften und Grenzen der Ökologiebewegung
- V. Umweltprobleme und bürgerliche Herrschaft.
- VI. Erfahrungen mit der politischen Organisation der Ökologiebewegung
- VII. Die IV. Internationale und die Umweltkrise
- VIII. Aktionsprogramm
 1. Verteidigung der Öffentlichen Dienste
 2. Kampf gegen Umweltverschmutzung
 3. Verteidigung der Arbeitsplätze
 4. Der Kampf um Land
 5. Abschaffung des Systems der Verschuldung
 6. Langzeitperspektive und Demokratie

Resolution des Internationalen Komitees der IV. Internationale zur Klimaerwärmung

Internationales Komitee der 4. Internationale

EINLEITUNG

DANIEL BERGER

In der Vergangenheit wurde von verschiedenen UmweltaktivistInnen den MarxistInnen hin und wieder Blindheit in Sachen Ökologie vorgeworfen. Was über lange Zeit für große Teile der ArbeiterInnenbewegung galt, trifft für die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus nur sehr eingeschränkt zu. Marx und Engels waren sich über die verheerenden Folgen des kapitalistischen Raubbaus an Natur und Mensch sehr wohl im Klaren, auch wenn sie diesem Thema keine langen Ausführungen widmeten. Ihre grundsätzlichen Aussagen in diesen Fragen entsprechen ihrem sonstigen ganzheitlichen Herangehen und lassen an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig. Nehmen wir nur eine Passage aus der Deutschen Ideologie: „In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionsmittel mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld)...“¹

Aber auch die Vierte Internationale ist nicht erst seit gestern mit ökologischen Fragen befasst. So schrieb etwa Ernest Mandel, langjähriges Führungsmitglied der IV. Internationale: „Durch die Beseitigung dieser drei schrecklichen Anachronismen – des Privateigentums an den Produktionsmitteln, der Warenwirtschaft und des Nationalstaats – schafft man den Rahmen, in dem der Kampf für die Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichts mit wirklichen Erfolgchancen zumindest möglich wird (die „Optimisten in Sachen Technologie“ meinen, dass in diesem Fall der Erfolg bereits sicher sei; wir sollten vorsichtiger sein, sollten uns dessen, was auf dem Spiel steht, sowie der Notwendigkeit, fortwährend einen klaren Kopf zu bewahren und zu kämpfen, bewusst sein).“²

Die einschlägige Resolution, die die IV. Internationale auf ihrem XV. Weltkongress (2003) annahm, schloss allerdings eine längst überfällige Lücke, wir bringen den Text in diesem Heft zum ersten Mal auf Deutsch. Die beiden ersten Artikel sind Originalbeiträge für dieses Heft IV der Reihe „Warum wir den Sozialismus wollen.“ Im Unterschied zu den ersten beiden Heften haben wir in Heft III (zur Frauenbefreiung) und mit dieser Nummer jeweils einen Schwerpunkt herausgegriffen, unter dem wir beleuchten, warum wir die herrschende Gesellschaftsordnung ablehnen. Mit einem solchen Schwerpunktthema sind bei weitem nicht die Gründe erschöpft, die uns dazu motivieren, für den Sozialismus zu streiten. In der Einleitung zum ersten Heft schrieben wir deswegen:

„Aus der langen Liste möglicher weiterer Themen seien stellvertretend nur ein paar genannt:

- Das *Bildungssystem*, das im Kapitalismus grundsätzlich auf die Verwertbarkeit der Ware Arbeitskraft abzielt (s. Lehrstellenmangel, Ergebnisse der Pisa-Studien etc.) und nicht auf eine möglichst umfassende Bildung und Entfaltung der Persönlichkeit.
- In der kapitalbeherrschten *Medienindustrie* ist Information grundsätzlich den Interessen der Kapitalverwertung (im besonderen Maße der Werbeindustrie) und dem Erhalt des bürgerlichen (also ausbeuterischen) Gesellschaftssystems untergeordnet. Betroffene kommen nur in Alibiveranstaltungen zu Wort....
- Die Unterdrückung der *Kinder, der Behinderten und der Pflegebedürftigen*, die oft in so grausamer Weise die fehlende Menschlichkeit zu spüren bekommen, ist in den Medien fast nie und in der herrschenden Politik nie ein Thema.
- In dem *Mordgeschäft mit den Kranken* gehen in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Profitinteressen vor allem von Pharmaindustrie, des medizinisch-industriellen Komplexes, der Versicherungen und anderer „Anbieter“ im Gesundheitssektor vor den Interessen der Kranken und Versicherten. Allein die ständige Diskussion um eine Senkung der Versicherungsbeiträge dient einzig und allein der Kostenentlastung für das Kapital. Die Kosten haben wir dann über erhöhte Zuzahlungen oder Leistungskürzungen zu tragen.

- Die *Drogenpolitik* ist allgemein von einer heuchlerischen Haltung gegenüber den Abhängigen und einer Verharmlosung der „legalen“ Drogen gekennzeichnet.
- Die *Kulturpolitik* wird generell von einem elitären Standpunkt aus gesteuert, so dass vergleichsweise Unsummen in „anerkannte“ Kunstformen fließen, die Masse der Bevölkerung aber von einer eigenen kulturellen Beteiligung oder auch nur Teilhabe ferngehalten wird.
- Auch der *Sport* ist heute eine gewaltige Kapitalverwertungsmaschinerie, so dass für die Förderung des Breitensports nur Alibigrößensordnungen übrig bleiben.
- Als letztes Beispiel sei die *Rüstungsindustrie* genannt. Sie tötet bekanntlich nicht erst im Krieg. Am mörderischsten allerdings ist die *Kriegspolitik*, an der auch der bundesdeutsche Imperialismus sich zunehmend beteiligt. Dass die EU-Verfassung als einzige Verfassung überhaupt, die Aufrüstung als eines ihrer Staatsziele angibt, sagt mehr aus als alle heuchlerischen Sermonen über den Kampf gegen den Terrorismus.“

In den Heften I und II setzten wir uns bereits mit einigen Themen auseinander: mit der Alternative einer bedürfnisorientierten Ökonomie, mit der Autogesellschaft, dem Sport im Kapitalismus, den Grundrissen einer alternativen Gesundheitspolitik, mit der Sozialistischen Demokratie, der Frau im Sozialismus usw. Die geeigneten LeserInnen laden wir ein, sich auch diese Hefte zu besorgen.

-
- 1 Karl Marx/Friedrich Engels: Die Deutsche Ideologie, MEW, 3, S. 69. Bekannter ist eine Passage aus dem ersten Band des Kapitals, die in der Resolution der IV. Internationale zitiert wird. Siehe den Beitrag in diesem Heft.
 - 2 Ernest Mandel, „Marx, Engels und die Ökologie“, deutsche (erweiterte) Fassung des Beitrags „La dialectique de la croissance. A propos du Rapport Mansholt“ („mai“, Bruxelles Nov./Déc. 1972, S. 7-14) abgedruckt in Ernest Mandel: „Karl Marx – Die Aktualität seines Werkes“, Frankfurt (isp) 1984, S. 171 ff, hier S. 186

Warum im Kapitalismus der Klimawandel nicht aufzuhalten ist

DANIEL BERGER

Seit gut einem Jahr vergeht keine Woche, in der wir nicht entweder neue Schreckensszenarien oder akute Meldungen in Sachen Klimawandel hören oder lesen. Gemessen daran nehmen sich die von der herrschenden Politik diskutierten Maßnahmen vollkommen lächerlich aus. Diese Pläne sind eingebettet in eine allgemeine Verharmlosungsstrategie und dem ständigen Vorrechnen, dass ein völliges Umsteuern wirtschaftlich nicht verkraftbar sei. Dieses Verhalten ist nicht neu und es ist letztlich unerheblich, ob diese Politiker einfach unfähig sind, auch nur ansatzweise die Dimension der drohenden Katastrophe zu erkennen oder ob sie einfach nur zynisch sind, gleichsam wie das Kapital, das bekanntlich nach dem Motto verfährt: „Nach mir die Sintflut“. Denn nur eine starke Bewegung von unten kann ein umfassendes gesellschaftliches Umsteuern durchsetzen. Und dieses Umsteuern wird letztlich ohne einen Systemwechseln nicht möglich sein.

Auch die Medien sind unfähig (zumindest unwillig), den Systemcharakter des vom Menschen erzeugten Problems zu erkennen, sprich die Gesellschaftsstruktur und die herrschende Produktionsweise als treibende Kraft der Umweltzerstörung zu erfassen und folglich die erforderliche Phantasie aufzubringen, über dieses System hinauszudenken. Dabei sprechen alle ernst zu nehmenden wissenschaftlichen Studien eine klare Sprache. Nicht nur die vom Weltklimarat IPCC¹ zusammengetragenen Forschungsergebnisse machen deutlich, dass die von der herrschenden Politik diskutierten Maßnahmen nicht ausreichen werden. Auch der so viel gelobte Stern-Report² kommt zu dem Schluss: „Der Klimawandel bedeutet eine einzigartige Herausforderung für Volkswirtschaften: Er ist das größte und weittragendste Versagen des...

KARL LINDT

Regenerative Treibstoffe, hergestellt aus Raps, Mais, Soja oder anderen Kraftstoffpflanzen, werden von immer mehr EnergieexpertInnen, großen Teilen der bürgerlichen Politik und der Wirtschaft als Allheilmittel für die größten Probleme der menschlichen Zivilisation angepriesen.

Eine Treibstoffquelle, die unabhängig macht vom zur Neige gehenden Erdöl und vom steigenden Ölpreis, die auch noch nachwächst und ökologisch viel besser abschneidet – was zumindest oft behauptet wird – was will mensch mehr? Deshalb wird heute auf fast allen politischen Ebenen die Erzeugung von Agroenergie als besonders „nachhaltige“ und „ökologische“ Energieerzeugung gefördert. So z.B. in der EU, wo es in der Richtlinie zur Förderung von Biokraftstoffen von 2003 heißt, dass die Förderung eine „Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die Klimaänderungen, die umweltgerechte Versorgungssicherheit und die Förderung erneuerbarer Energiequellen“ darstellt.

Auch in Zeiten des Klimawandels und des zunehmenden Schwindens der natürlichen Ressourcen soll schließlich garantiert werden, dass der energiehungrige Lebenswandel besonders der Industriestaaten (Stichwort: Individualverkehr) beibehalten werden kann. Darüber hinaus soll die Förderung der Agroenergie auch zu einer „nachhaltigen ländliche Entwicklung“ verhelfen, so die EU-Richtlinie. Bis 2010 will die Europäische Union daher einen Biosprit-Anteil von 5,75 Prozent der fossilen Brennstoffe erreichen; bis 2020 sollen es zehn Prozent sein. In Deutschland wurden deshalb nach Angaben der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Landwirtschaft (ZMP) im Jahr 2006 bereits zwei Drittel des verarbeiteten Rapsöls in Treibstoff umgewandelt. Dabei steigt der Absatz von Biosprit immer weiter an, so dass 2006 ein Plus von 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erreicht wurde. Auch die gesetzliche Verpflichtung in Deutschland zur Beimischung von Biokraftstoff zum herkömmlichen Diesel hat zu einer enormen Nachfragesteigerung geführt und die Preise für Rapsöl von März bis Oktober 2007 an der größten deutschen Ölmühle in Hamburg um 37 Prozent steigen lassen (Quelle: Handelsblatt v. 13.10.2007). Da aber die landwirtschaftliche Produktion in der EU oft nicht profitabel genug ist, setzen Politik und Wirtschaft verstärkt auf Importe von billiger Biomasse hauptsächlich aus Lateinamerika, Subsahara-Afrika und Südostasien...

Ökologie und Sozialismus

Resolution des XV. Weltkongresses der IV. Internationale

XV. WELTKONGRESSES DER IV. INTERNATIONALE

Die Menschheit ist auch in anderen Zeiten mit Umweltproblemen konfrontiert gewesen, aber heute haben sie aufgrund ihres Ausmaßes und Ernstes eine neue Dringlichkeit erhalten. Die Schädigung der Umwelt wirkt sich in vielen Fällen gewaltig und nicht mehr umkehrbar auf den Menschen und die Natur aus. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gefährdet die sich abzeichnende Umweltkrise das Leben von Millionen Menschen.

Im Gegensatz zu den vorherrschenden Strömungen der ArbeiterInnenbewegung, die dazu neigten, Umweltangelegenheiten zu missachten oder herunterzuspielen, kann den Umweltbewegungen und den Grünen Parteien unbestreitbar zugebilligt werden, dass sie diese entscheidenden Fragen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Jedoch sind die von ihnen vorgeschlagenen Lösungsmodelle oft völlig falsch, weil sie von den inneren Verbindungen zwischen Umweltzerstörung und kapitalistischer Profitlogik absehen. Um den ökologischen Gefahren ernsthaft begegnen zu können, müssen wir aus dem vom Gewinnstreben beherrschten Rahmen ausbrechen und die Perspektive einer demokratisch geplanten sozialistischen Gesellschaft verfolgen...

Resolution des Internationalen Komitees der IV. Internationale zur Klimaerwärmung

INTERNATIONALES KOMITEE DER 4. INTERNATIONALE

In Erwägung der Tatsachen,

- dass allgemein anerkannt die Klimaerwärmung mehrheitlich durch Treibhausgasemissionen verursacht wird, die hauptsächlich aus der Verbrennung fossiler Energieträger und der Bodenbewirtschaftung (Entwaldung, intensive Landwirtschaft, schlechte Bodennutzung etc.) herrühren;
- dass laut IPCC¹ eine Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2050 um mindestens 60% nötig wäre, um eine schwerwiegende Klimaänderung mit unberechenbaren Folgen zu verhindern;
- dass die neuesten verfügbaren Zahlen zur Konzentration von CO₂ und CO₂-Äquivalenten zeigen, dass wir uns bereits im unteren Bereich der gefährlichen Bandbreite (450 bis 550 ppmv CO₂-Äqu.) befinden, wobei die Konzentration der entsprechenden Treibhausgase in der Atmosphäre rasch zunimmt;
- dass der Klimawandel schon heute spürbare Folgen insbesondere für die ArbeiterInnen und die unterprivilegierten Massen, namentlich in den beherrschten Ländern, hat;
- dass diese Veränderungen in den kommenden 50–100 Jahren Hunderte Millionen von Menschen durch Ansteigen des Meeresspiegels, Ausbreitung gewisser Krankheiten, Produktivitätseinbrüche in der Landwirtschaft gewisser Regionen, Verringerung der Artenvielfalt und Wassermangel zu gefährden drohen (es ist zu erwarten, dass ohne entschiedene Anstrengungen in der Klimapolitik bis 2100 bis zu drei Milliarden Menschen die Leidtragenden sein werden);
- dass angesichts dieser Bedrohungen der kapitalistische Umgang mit Katastrophen und Klimabedrohungen (Katrina in New Orleans, Pazifikinseln und andere insb. durch den Anstieg der Ozeane bedrohte Regionen) befürchten lässt, dass der Imperialismus eine malthusianische, kriegerische Politik von beispielloser Tragweite und Grausamkeit verfolgen wird;
- dass die Ziele des Kyoto-Protokolls völlig unzureichend sind, um der Gefahr zu begegnen, und dass sie durch die Weigerung der USA sowie die flexiblen Mechanismen zusätzlich abgeschwächt werden, die zudem sowohl für das Recht der Völker auf Entwicklung als auch (mittels des sog. Effekts der „low hanging fruits“) für die Artenvielfalt (Kohlenstoffsinken) perverse Folgen haben dürften;
- dass der wirtschaftliche Wettbewerb und die strategische Rivalität zwischen den imperialistischen Blöcken zu einem noch schlechteren Kompromiss als dem Kyoto-Protokoll führen kann, was den Kampf für das Klima („freiwillige Verpflichtungen“, Unverbindlichkeit, keine Fristen) wie auch das Recht der Völker auf Entwicklung und generell ökologische Gesichtspunkte (Atomkraft) betrifft;
- dass das Kyoto-Protokoll angesichts der Tatsache der Nichtratifizierung durch die USA und Australien (selbst wenn es von den Unterzeichnerländern vollständig eingehalten würde) für die Gesamtheit der Industriestaaten gegenüber dem Vergleichsjahr nur eine Senkung der Emissionen um 1,7 Prozent pro Jahr bringen würde (EEA² Report Nr. 8/2005, S. 9);
- dass das technische Potenzial der erneuerbaren Energien (direkte oder indirekte Sonnen- und geothermische Energie) den heutigen weltweiten Energiebedarf 6 bis 7 Mal decken würde und bestens die Vermeidung schwerer Klimakatastrophen bei gleichzeitiger Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse und des Umweltschutzes ermöglichen würde;
- dass wir die Atomenergie als Alternative ablehnen, da sie teuer, außerordentlich gefährlich und in Bezug auf den Kohlenstoffkreislauf ebenfalls nicht neutral ist;

- dass die Stabilisierung des Klimas (höchstens 2°C Temperaturerwärmung gegenüber der vorindustriellen Ära) eine globale Energierevolution erforderlich macht, die namentlich 1) den Wechsel zu erneuerbaren Energien unabhängig von den Mehrkosten, 2) eine massive Reduktion der primären Nachfrage in den Industriestaaten und 3) einen massiven Transfer von so genannten „klimafreundlichen“ Technologien an Entwicklungsländer erfordert;
- dass diese Frage insgesamt die ArbeiterInnenbewegung im Allgemeinen und revolutionäre MarxistInnen im Besonderen vor eine Reihe von neuen Aufgaben sowie wichtigen programmatischen und strategischen Herausforderungen stellt,

hat das Internationale Komitee der 4. Internationale beschlossen:

- sich an gemeinsamen Mobilisierungen zur Rettung des Klimas zu beteiligen, wie sie insbesondere in der Folge des Londoner Sozialforums entstanden sind. Insbesondere mobilisieren wir für die weltweiten Demonstrationen zum Klimawandel, die im November 2006 auf Anregung des WSF von Caracas stattfinden. Dazu beteiligen wir uns am Organisationskomitee für diese Demonstrationen, das sich im Rahmen des Vorbereitungstreffens für das Europäische Sozialforum am 4. März 2006 in Frankfurt/M. trifft;
- ein besonderes Augenmerk auf die Klimafrage und die Klimapolitik zu legen, insbesondere durch die Presse der Sektionen und der Internationale;
- das vom 15. Weltkongress beschlossene „Ökologieseminar“ der Analyse des Klimawandels und seiner Folgen zu widmen, um eine programmatische Ausrichtung und eine politische Linie zu diesem Thema zu erarbeiten. Das IK ruft zu diesem Zweck dazu auf, ein internationales Netzwerk von GenossInnen zu bilden, die über Kenntnisse in den unterschiedlichen betroffenen Wissenschaftsgebieten verfügen, um ein oder mehrere Arbeitsdokument(e) zum Thema „Energierevolution und sozialer Wandel“ zu verfassen;
- das Thema innerhalb Jahresfrist erneut auf die Tagesordnung zu setzen.

Februar 2006

¹ Zwischenstaatlicher Ausschuss zu Fragen des Klimawandels (Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC), wurde 1988 vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP und der Weltorganisation für Meteorologie WMO ins Leben gerufen. Das der Klimarahmenkonvention beigeordnete Panel hat die Hauptaufgabe, Risiken des Klimawandels zu beurteilen und Vermeidungsstrategien zusammenzutragen. Der Sitz des IPCC Sekretariats befindet sich in Genf. (Anm. d. Red.)

² Europäische Umweltagentur.